

Diskussionsergebnis zum „Umgang mit Medizinalcannabis“

Im Herbst 2019 trafen sich interessierte Mitglieder der DG SAS zu einer Diskussionsrunde zum Thema „Umgang mit Medizinalcannabis“. Anstoß zu diesem Austausch war eine primär medizinisch geprägte Stellungnahme und Pressemeldung¹ zum Thema "Umgang mit Medizinalcannabis & cannabisbasierten Arzneimitteln" verschiedener Fachverbände. Die Weiterleitung dieser Artikel an die Mitglieder der DG SAS rief unterschiedliche Reaktionen hervor.

Aus Sicht der Diskutierenden ist der einstimmige Beschluss der Bundesregierung um den Zugang zu „Medizincannabis und cannabisbasierende Medikamente“ zu erleichtern, weiterhin zu begrüßen. An den Grundlagen, diesen Weg zu beschreiten, hat sich bis heute nichts verändert. Geäußerte Bedenken zur Liberalisierung der Verschreibungs- und Behandlungspraxis beruhen primär auf subjektiven Annahmen, welche auch bereits vor der veränderten Vergabep Praxis in der Diskussion waren und stellen keinen neuen Erkenntnisstand dar.

Bedauerlich ist das Fehlen der Position der Betroffenen, die Experten*innen ihrer eigenen Erkrankung sind. Deutlich wird in der Stellungnahme auf die hohe Nachfrage und geweckte Erwartungen hingewiesen, die Position der Betroffenen in ihrer Vielschichtigkeit die weit über das Kinder- und Jugendalter hinausgehen, bleibt aber praktisch unerwähnt. Wünschenswert wäre, dass eine Pauschalisierung der Betroffenen und Stigmatisierung derjenigen, die nach alternativen Behandlungsansätzen suchen, vermieden wird. Das Fehlen dieser Position verwundert, haben doch einige der unterzeichnenden Fachgesellschaften genau dies in den letzten Jahren eingefordert.

Allen Beteiligten ist bekannt, dass Medizinalcannabis & cannabisbasierten Arzneimitteln wie jedes andere rezeptpflichtige und frei verkäufliche Medikament, eine Wirkung und eine Nebenwirkung hat. Im Sinne der Betroffenen sollte bei der Abwägung der Chancen und Risiken, die Lebensqualität und nicht allein die Forschung im Vordergrund stehen. Die Kritik der Betroffenen und die Suche nach Alternativen zu den bisherigen medizinischen Behandlungsstandards ist durchaus berechtigt. Die hohe Zahl der von legalen Medikamenten abhängigen Personen in Deutschland, die schwere Opiatkrise in den USA und die hohe Nachfrage der Betroffenen nach Alternativverfahren zeigen, dass die bisherigen Ansätze trotz evidenzbasierten Zulassungsverfahren, geschultem Personal, standardisierten Behandlungsverläufen und einer hochspezialisierten Pharmaindustrie dringend hinterfragt werden müssen.

Der Ruf nach einer wissenschaftlichen Begleitung bei der Einführung dieser neuen Behandlungsansätze ist sinnvoll, die Partizipation der Betroffenen und ihrer Interessensvertretungen unabdingbar. Die Stellungnahme verdeutlicht aber auch, dass eine Forschung unabhängig und ergebnisoffen von allen Seiten geführt werden sollte.

1

https://www.dgpalliativmedizin.de/phocadownload/Pressemitteilungen/17042019%20PM_Appell_Medizinalcannabis.pdf